

2100-0246

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 15. September 2025

SELBSTÄNDIGER ANTRAG

der Landtagsabgeordneten KO Ing. Norbert Hofer, Markus Wiesler, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Eigentum schützer, Belastungen stoppen – Keine Erhöhung der Grundsteuer im Burgenland“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Eigentum schützen, Belastungen stoppen – Keine Erhöhung der Grundsteuer im Burgenland“

Die jüngsten Aussagen von ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, der am 25. Mai 2025 in der ORF-„Pressestunde“ eine Neugestaltung der Grundsteuer nach französischem Vorbild angekündigt hat, sind ein klares Signal: Eigentum und Eigenleistung sollen stärker belastet werden. Das trifft vor allem jene, die mit harter Arbeit, Eigeninitiative und jahrelangen Entbehrenungen ihr Eigenheim geschaffen haben.

Im Burgenland ist das Eigenheim mehr als nur ein Dach über dem Kopf – es ist Ausdruck von Verantwortung, Heimatverbundenheit und persönlicher Leistung. Eine Erhöhung der Grundsteuer würde diese Werte mit Füßen treten. Sie würde nicht nur die Eigentümer direkt treffen, sondern auch die Mieterinnen und Mieter, da höhere Abgaben zwangsläufig an sie weitergegeben werden.

Statt Eigentum zu bestrafen, müssen wir es schützen und fördern. Die hart arbeitenden Menschen in unserem Land verdienen Anerkennung und Unterstützung, nicht zusätzliche Belastungen durch staatliche Gier.

Das französische Modell, das auf einem fiktiven Mietwert basiert, würde in Österreich, besonders im Burgenland, zu einer drastischen Mehrbelastung führen. Gerade in ländlichen Regionen, wo viele Familien durch Eigenleistung und Verzicht ihre Häuser errichtet haben, wäre dies unzumutbar.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- sich entschieden gegen jede Erhöhung der Grundsteuer auf Bundesebene stellen und dies klar gegenüber der Bundesregierung zu kommunizieren.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss zuzuweisen.